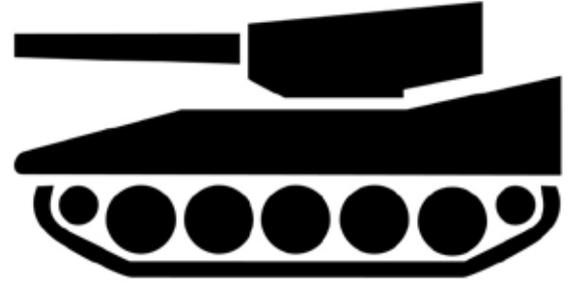
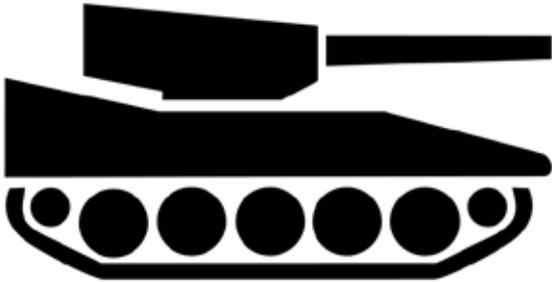


unimut

ZEITSCHRIFT

an

DER UNI HEIDELBERG



IMMER ZOFF!?

Bertelsmann	<i>vs</i>	Demokratie	S. 2/3
FSK	<i>vs</i>	vFa	S. 4
Basisdemokratie	<i>vs</i>	Repräsentation	S. 5
RCDS	<i>vs</i>	RDCS	S. 6
Peters	<i>vs</i>	Mercator	S. 8/9
AG Freiraum	<i>vs</i>	V-Männer	S. 10
Linda	<i>vs</i>	FALK	S. 11
Brief	<i>vs</i>	E-Mail	S. 14
Schwarz		Weiß	S. 12/13

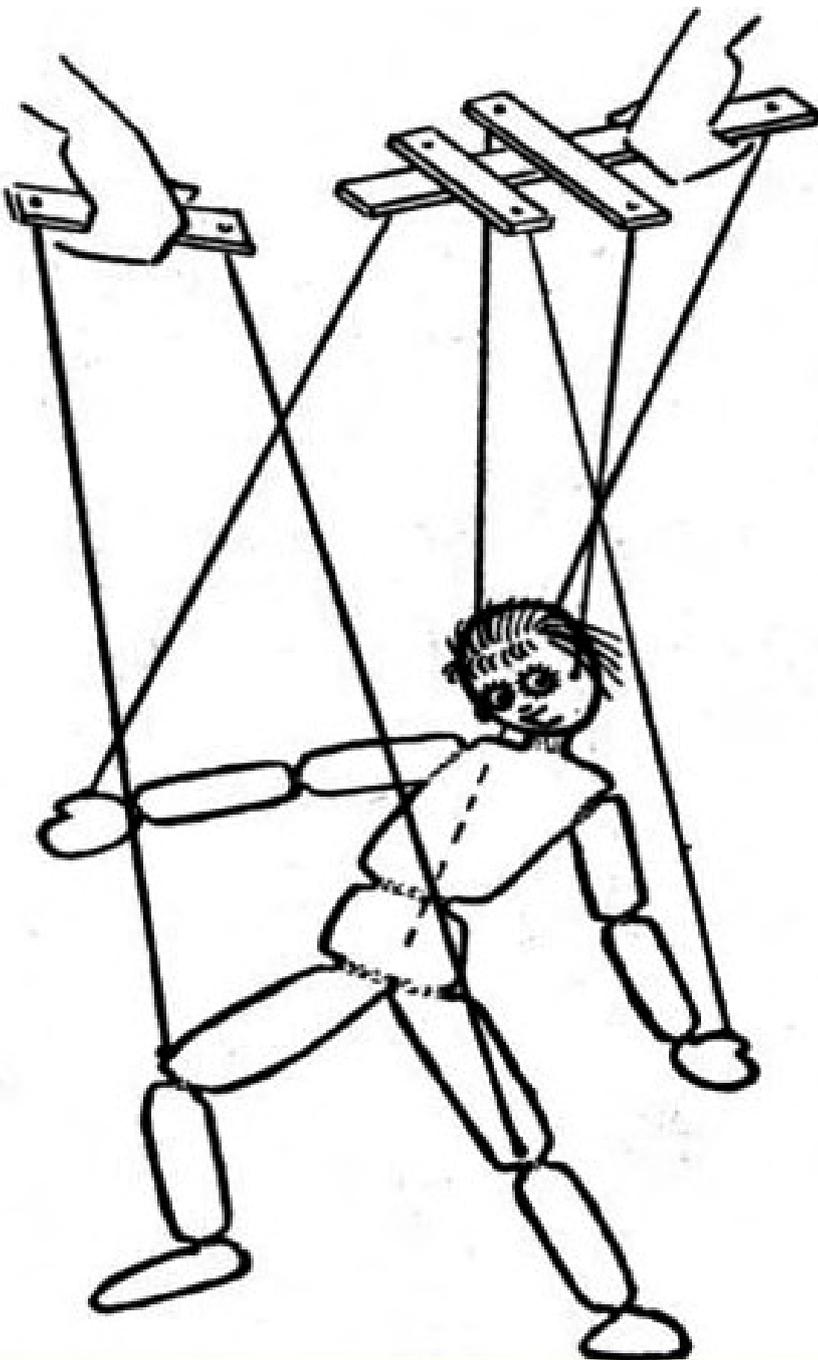
„Das Produkt muss sexy sein“

Bertelsmann setzt Trends für Deutschland

In der heutigen Mediendemokratie stehen Politiker und Politikerinnen unter großem Aktualitätsdruck: Politik ist komplexer geworden und Informationen werden schneller umgesetzt. In den letzten Jahren sind zahlreiche Organisationen aus dem Boden geschossen, die sich nach US-amerikanischem Vorbild darauf spezialisieren, die von EntscheidungsträgerInnen benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen. Sie verstehen sich als Ideenlieferanten, die im Gegensatz zu PolitikerInnen, die oft kurzfristig agierten, langfristige Entwicklungen und Trends im Blick hätten. Es existiert ein diffuses Netz aus PolitikberaterInnen, die in *Think Tanks*, Stiftungen und Forschungsinstituten organisiert sind und um den Zugang zu EntscheidungsträgerInnen konkurrieren. Dabei geht es nicht nur um die vermittelten Inhalte, es geht auch um die Kunst, Wirkung zu erzielen: „Das Produkt muss sexy sein“ – so beschreibt Winand Geller, Politikprofessor und Autor einer Studie über Ideenagenturen das Geschäft der Politikberatung. Und die Konkurrenz um den Zugang zu den Personen der Macht ist groß: Mehr als 1000 ExpertInnengremien beraten hierzulande die Politik.

Eine stärkere Einbeziehung von „Expertenwissen“ in politische Entscheidungsprozesse bedeutet eine Verantwortungsabgabe der demokratisch legitimierten Politiker und Politikerinnen. Unter Berufung auf wissenschaftlich bewiesene Wahrheiten wird eine Neutralität suggeriert, die über das Demokratiedefizit der Politikberatung hinwegtäuschen soll. Denn die Auswahl von Beratenden verläuft weder nach einem demokratischen Verfahren, noch kann angesichts der Ergebnisse von HIS und Pisa von einem gleichberechtigten Zugang zu Positionen in der Wissenschaft und somit zu Positionen zur Politikberatung die Rede sein.

Welch großen Einfluss Externe auf die Gesetzgebung haben, wird beispielsweise an der Hartz IV Gesetzgebung deutlich. So finanzierte die Bertelsmann Stiftung bereits 2000 Studien, die eine „Notwendigkeit“ der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe belegten. Das in der Hartz IV Reform verwirklichte Konzept von Job-Centern und die Idee der Personal-Service-Agenturen stammt aus gemeinsamer Feder von Bertelsmann, McKinsey und der Bundesanstalt für Arbeit. Die hinter den Hartz IV Reformen stehende Philosophie der eigenverantwortlichen Leistungsgesellschaft deckt sich mit dem Leitbild der Bertelsmann Stiftung, so dass hier nicht von objektiver Beratung und Wissenschaftlichkeit ohne implizite Interessenvertretung die Rede sein kann.



Zwar sind die meisten Institute, die der Politik in Deutschland beratend zur Seite stehen, staatlich finanziert, wie zum Beispiel die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die sich vor allem mit für die Außen- und Sicherheitspolitik relevanten Themen beschäftigt. Anders jedoch die Bertelsmann Stiftung, die nicht auf öffentliche Gelder angewiesen ist und ihr jährliches Stiftungsvolumen von 77,5 Mio Euro (2008) fast ausschließlich von der Bertelsmann AG bezieht, deren 76,9% Eigentümer die Stiftung ist. Ein solcher Finanztransfer zahlt sich für den fünfgrößten Medienkonzern der Welt zum einen durch erhebliche Steuerentlastungen aus, und ermöglicht zum anderen, auf vielschichtige Weise Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen. In anderen Ländern gibt es gesetzliche Regeln, die den Eigentumsanteil von Stiftungen an Unternehmen begrenzen (in den USA beispielsweise auf 25%), um so zu verhindern, dass ein Konzern den erheblichen Einfluss in einer Stiftung zum eigenen ökonomischen Nutzen einsetzt.

Die Bertelsmann Stiftung hat jedoch zahlreiche subtile Mechanismen der Einflussnahme entwickelt. Hierbei investiert die Bertelsmann Stiftung ausschließlich in Projekte, die sie selbst konzipiert und initiiert hat. So sucht die Bertelsmann Stiftung durch das Centrum für Hochschulentwicklung (vgl. UNiMUT 07/09), Einfluss auf die Ausgestaltung der Universitätslandschaft und durch die Vergabe von Forschungsgeldern, Einfluss auf universitäre Forschungsausrichtungen zu nehmen. Der „Bertelsmann Transformationsindex“ beispielsweise liefert eine Methode zur Messung der Demokratisierung von Staaten, die Länder mit hoher Bereitschaft für marktwirtschaftliche Transformation und Privatisierungen im öffentlichen Sektor besonders hoch einstuft.

Die Politikberatung der Bertelsmann Stiftung läuft vor allem über das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), das zwar unter dem Dach der Ludwig-Maximilians-Universität München wohnt, sich aber überwiegend aus Geldern der Bertelsmann Stiftung finanziert. Das CAP ist ein Dienstleistungsunternehmen praxisorientierter Drittmittelforschung und bezeichnet sich als „größtes universitäres Institut für Politikberatung [...] in Deutschland“. Das CAP geht über die bloße themenbezogene Beratung der Politik hinaus und versucht langfristige Entwicklungen zu beeinflussen und neue „Trends“ zu setzen. Es erarbeitet unter Leitung von W. Weidenfeld, Mitglied des Bertelsmann-Präsidiums, „Reformstrategien für die politischen Systeme der Gegenwart“ (vgl. cap-lmu.de).

Um die nötige gesellschaftliche Akzeptanz für diese Reformen zu erlangen, leistet die Bertelsmann Stiftung außerdem gezielte Öffentlichkeitsarbeit. So ist sie beispielsweise Koordinator der Kampagne „Du bist Deutschland“, deren Ziel es war, die kulturelle Entwick-

lung Deutschlands hin zu mehr Zuversicht und Eigeninitiative zu beeinflussen und ein „positives Denken auf ein neues Nationalgefühl“ zu verbreiten.

Ein weiterer Ansatz zur Etablierung von Kulturmustern war die Herausgabe eines „Trendbuch Deutschland“. In dieser Publikation des CAP werden „gesellschaftliche Trends“ in Deutschland beschrieben und gleichzeitig Handlungsanweisungen an Gesellschaft und Politik gegeben. So geht es um die Schaffung einer „Deutschen Leitkultur“ und eines „neuen außenpolitischen Selbstbewusstseins Deutschlands“, die mit „einer neuen positiv gedeuteten historischen Tradition Gesamtdeutschlands“ einhergehen soll. Im Bereich der Sozialpolitik wird ein „partizipatorischer Wohlfahrtsstaat“ als Ersatz für die „Notwendigkeit materieller Einschränkungen“ bei Arbeitslosen und Einkommensschwachen vorgeschlagen. Dieser sieht eine Stärkung von „Eigenverantwortung“ und „Alltagssolidarität“ bei gleichzeitigem Abbau staatlicher Leistungen vor.

Nahezu allen Handlungsanweisungen an Politik und Gesellschaft, die die Artikel des Bandes formulieren liegt eine ökonomische Argumentation zu Grunde. So wird zum Beispiel bezüglich der Zuwanderungsproblematik festgestellt: „Migration von Menschen in Not beansprucht staatliche Mittel und kann Konflikte bis zum Ausbruch tätlicher Gewalt entfachen.“ Unter Berufung auf das in der Technologiegesellschaft notwendige Humankapital wird daraus für die Migrationspolitik gefolgert: Es „ergibt sich die Notwendigkeit, Armuts- und Umweltflüchtlinge abzuweisen – gleichzeitig aber um die Besten und die Stärksten in der Welt zu konkurrieren.“

Die im Trendbuch Deutschland beschriebenen gesellschaftlichen und politischen Trends lassen die Zielsetzung der Ökonomisierung gesellschaftlicher Bereiche erkennen, die sich in das Grundkonzept der Bertelsmann Stiftung nahtlos einfügt. Gleichwohl stellt sich die Stiftung als überparteilich dar und betont die Orientierung ihrer gesellschaftlichen Einflussnahme am „Gemeinwohl“. Die Art und Weise der vielschichtigen subtilen Machtausübung zeigt jedoch, dass Überparteilichkeit nicht mit politischer Unabhängigkeit gleichzusetzen ist und die Bertelsmann Stiftung ihre Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Wissensvermittlung und Forschung keineswegs mit der vielbetonten Neutralität verrichtet.

von Nina Marie Bust-Bartels

In den nächsten UNiMUT-Ausgaben werden wir uns weiter mit den Sphären der Einflussnahme der Reformwerkstatt Bertelsmann befassen. Hierbei wird es unter anderem um das Bildungssystem (Schulen, Universitäten), die deutsche EU- und Außenpolitik, sowie die Gesundheits-, Kommunal- und Sozialpolitik gehen.



Kriegsschauplatz Studierendenvertretung?

FSK vs. vFa

Der neue AStA ist wirklich nur noch ZAStA – aber eigentlich ist seit 1973 jeder AStA der Uni Heidelberg ZAStA. Denn seit Ministerpräsident Filbinger 1973 die Verfassten Studierendenschaften gesetzlich verbieten ließ, darf der stattdessen gesetzlich festgeschriebene „AStA“ sich nicht mehr (hochschul-) politisch äußern, besitzt keinen selbstverwalteten Etat mehr und muss daher jede einzelne Entscheidung vom Rektorat genehmigen lassen. Anders als in vierzehn anderen Bundesländern ist er auf einen Unterausschuss des Senats reduziert, mit dem Rektor als Vorsitzenden. Er darf sich nur noch mit musischen, sportlichen, kulturellen und eingeschränkt mit sozialen Fragen beschäftigen. Zu Themen der Hochschulpolitik, wie beispielsweise der Bachelor/Master-Umstellung, BAföG oder Studiengebühren, darf er sich nicht äußern und kann daher seiner Funktion als Interessenvertretung der Studierenden nicht gerecht werden.

Die Studierendenschaften in Baden-Württemberg und Bayern haben daher unabhängige Modelle der Studierendenvertretung geschaffen, die nicht mit dem gewählten „AStA“ identisch sind und sich daher (hochschul-)politisch äußern dürfen. In Heidelberg übernahm seither die Fachschaftskonferenz (FSK) die Aufgaben der Studierendenvertretung. Die FSK ist der Zusammenschluss aller Fachschaften der Uni Heidelberg. Sie ist basisdemokratisch organisiert, das heißt, jede und jeder Studierende kann sich über Ihre/seine Fachschaft an den Entscheidungen beteiligen.

Doch auch die FSK als Modell muss sich demokratisch legitimieren und so stellt die Fachschaftskonferenz bei den Senatswahlen eine Liste von FachschaftsvertreterInnen zur Wahl, die den sich in den gesetzlich festgeschriebenen „AStA“ wählen lassen. Der „AStA“ wird aus den vier Studierenden gebildet, die bei den Senatswahlen in den Senat gewählt werden sowie sieben weiteren, die Mitglied im Senat wären, wenn es dort mehr Plätze für Studierende gäbe. Seit Einführung der Filbinger-

schen Zensur hat sich der gewählte „AStA“ nach jeder Wahl einmal getroffen und beschlossen, alle seine (im Vergleich zu Verfassten Studierendenschaften sehr geringen) finanziellen Mittel der FSK zur Verfügung zu stellen, so dass die FSK die Rolle einer Interessenvertretung Studierender wahrnehmen konnte.

2009 hat nun der bei den Senatswahlen gewählte „AStA“ erstmalig nicht die FSK als unabhängige Studierendenvertretung gewählt. Zwar hatte auch schon früher die FSK zeitweise nicht die absolute Mehrheit im „AStA“, doch haben sich deutschlandweit erstmals Grüne und Jusos (jeweils zwei Sitze) mit dem RCDS und der LHG (jeweils einen Sitz) zu einer bunten Koalition zusammengeschlossen und gegen die FSK (fünf Sitze) gestimmt. Um die Mittel des zensierten „AStA“ zu verwalten, wurde von den VertreterInnen der bunten Koalition der „vorläufige Finanzausschuss“ (vFa) gegründet. Hier verteilen Grüne, Jusos, RCDS und LHG gemeinsam die Gelder der Studierendenvertretung.

Die zahlreichen Aufgaben einer Studierendenvertretung, wie beispielsweise politische Arbeit in zahlreichen Arbeitskreisen, Sozialberatungen, Fachschafts- und Gremienarbeit sowie hochschulpolitische Arbeit im Allgemeinen (z.B. zum Semesterticket oder zur Bachelor/Master Umstellung) kommen im neuen vFa, wenn überhaupt, nur am Rande vor. Die FSK hat langjährige Erfahrung und viele engagiert mitarbeitende Studierende, während die parteipolitischen Hochschulgruppen sich erst in die Studierendenvertretung einfinden müssen und ihnen natürlich nicht in dem selben Umfang personelle Ressourcen zur Verfügung stehen wie den Fachschaften.

Die FSK beteiligt sich derzeit nicht an der Arbeit des vFa, da sie in diesem den mundtoten „AStA“ realisiert sieht und sich dazu verpflichtet fühlt, weiterhin im unabhängigen Studierendenvertretungsmodell zu arbeiten. Gleichzeitig weist das unabhängige FSK-Modell der Studierendenvertretung jedoch auch Schwachstellen auf. So bilden sich innerhalb der basisdemokratischen Organisation hierarchische Strukturen, weil sich Arbeit und Ämter auf relativ wenige Menschen konzentrieren. Desweiteren erschwert das stark bürokratisierte Procedere studentischen Gruppen den Zugang zu den AStA-Mitteln.

Es ist an der Zeit, dass die Studierenden der Uni Heidelberg sich im Zuge der Forderungen nach der lange überfälligen Wiedereinführung Verfasster Studierendenschaften Gedanken über ein neues Modell der partizipatorischen Studierendenvertretung machen.

Von Nina Marie Bust-Bartels

Jeder nur *ein* Kreuz? Liquid democracy – Flüssigtreibstoff für Entscheidungsprozess oder Liquidation der Demokratie?



»Je mehr direkte Entscheidungen durch das ganze Volk, um so unregierbarer das Land!«
Helmut Schmidt

Die Gegenüberstellung der Direkten und Repräsentativen Demokratie ist in den Köpfen wie in den Lehrbüchern fest verankert. Dazwischen schiebt sich im Moment eine Idee unter dem Schlagwort »Liquid democracy« an, unsere Politik und Gesellschaft zu verändern – indem die Gegensätze als Extrempunkte eines Kontinuums verstanden werden.

Dazwischen besteht die Möglichkeit, zu jedem Zeitpunkt eine Wahl der Wahl, eine Wahl zweiter Ordnung, durchzuführen: Die Wahl, *wer* wählt. Übe ich mein Stimmrecht selbst aus? Möchte ich repräsentiert werden?

Wer die Wahl hat...

Eine Wahl, wie wir sie kennen, geht von verschiedenen Prämissen aus. Eine davon ist, dass wir wissen und verstehen, was wir entscheiden – was durch die Rezipientenfreiheit, die Freiheit, sich zu informieren, ermöglicht werden soll. Und dennoch liegt es

in der Verantwortung jedes Wählenden, sich im

Interesse der angestrebten Entscheidung eine Meinung zu bilden.

Aber nicht nur mangelndes Interesse oder Fachkenntnis, auch die zeitlichen Erfordernisse des alltäglichen Lebens lassen diese idealisierte Vorstellung zu einer Farce verkommen. Faktisch wird der gefühlte Abstand zum politischen Geschehen durch Legislaturperioden von unglaublich langen vier Jahren und die »Bündelwahl«, also die Wahl kompletter Programme, die zu jedem Politikbereich von Umwelt- bis Außenhandelspolitik detailliert Stellung bezieht, noch vergrößert.

Doch was ist die Alternative? Wie wäre es, wenn ich wählen könnte, wer meine Stimme zu welcher Frage abgibt? Ob ich mich durch eine Einzelperson, eine Gruppe, etwa eine Partei, vertreten lassen möchte, weil ich davon ausgehen darf, dass diese eine Entscheidung in meinem Sinn trifft, auch wenn ich nicht ausreichend informiert bin, um selbst zu entscheiden? Mit der Einführung dieser »second order«-Wahl geht im Modell der »Liquid democracy« die Aufspaltung in thematische Einzelentscheidungen genauso einher wie die Loslösung von der Fixierung der Wahl des Repräsentanten im vierjährigen Turnus. Stattdessen kann ich jederzeit entscheiden, in der anstehenden Frage mein Stimmrecht selbst auszuüben (Direkte Demokratie) oder dem/der mir passend erscheinenden Repräsentanten/in (Repräsentative Demokratie) die Ausübung meines Privilegs zu übertragen (delegated voting). Das ist aber mitnichten eine neue Spielart der Demokratie, sondern eine Flexibilisierung des Verfahrens – die zwar erst durch die technischen Möglichkeiten der heutigen Zeit für die Dimensionen von Ländern möglich ist, aber trotzdem, je nach Ausgestaltung, noch mit Zettel und Stift realisierbar ist, um den Computer nicht zu einer Zugangshürde zu machen.

Wem nutzt die neue Freiheit? Werden die Entscheidungen besser, wenn mehr Menschen die Möglichkeit haben, Einfluss zu nehmen? Hinter vorgehaltener Hand

wird mitunter gestanden, dass die Vorstellung, dass Fritzchen Müller über Wohl und Wehe von Millionen mitentscheiden darf, Bauchschmerzen hervorruft. Stammtischreden sind ebenso wenig geeignet, diese zu kurieren, wie das Fernsehprogramm. Aber wer sich über die Dummheit des Volkes mokiert, spricht sich letztlich gegen eine Demokratie aus. Die auf dem Weg der Liquid democracy zu einem Wandel führt, der nicht ohne Auswirkungen auf den Medienkonsum und das Verhalten der Volksvertreter bleiben kann: Die Hoffnung ist eine Versachlichung der Auseinandersetzung statt der heutigen Expertenanhörungen, die im Normalfall ohne Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen bleiben.

Und angesichts der mangelnden Konsistenz innerhalb der Entscheidungen der großen »Volksparteien« stellt es wohl kaum einen Nachteil dar, die thematischen Optionen offen zur Wahl zu stellen, auch wenn sie z. B. in der Finanzierbarkeit in Konflikt geraten. Dadurch werden zwar weitere Entscheidungen notwendig, aber für die von Kritikern befürchtete Unvereinbarkeit von Entscheidungen gibt es keinen aus der Praxis bekannten Fall.

»Eine Veränderung bewirkt stets eine weitere Veränderung.«
N. Machiavelli

Angesichts der ersten Erfolge der kleinen Partei *demox* aus Schweden, die durch vorhergehende Abstimmungen die Wahlentscheidung der eigenen Repräsentanten bestimmen und auf diese Weise »mixed democracy« in die bestehende Ordnung »injizieren«, eröffnen sich weitere Perspektiven, derer sich die Piratenpartei gerade auch hier in Deutschland angenommen haben, um die Zusammenarbeit zu einem »direkten Parlamentarismus« zu bringen. Dabei werden die uns heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten genutzt, um in der Legislative zusammenzuarbeiten. Überhaupt gibt es in der technischen Domäne vielfältige Beispiele der organisierten Zusammenarbeit und Abstimmung, die offenbar funktionieren – andere Wahlverfahren etwa, die taktisches Wählen dadurch überflüssig machen, daß der Wählerwille viel differenzierter ausgedrückt werden kann. Und auch die Studierendenvertretung an der Ruperta Carola schnuppert Morgenluft: In den Gesprächen um Studierendenparlament und Co. keimen von verschiedenen Seiten Ideen, längerfristig zu einer anderen Form des demokratischen Prozesses zu kommen. Vielleicht ist das der Schlüssel der diskutierten Problematik: Dass einfach die Studierenden entscheiden, wer welche Frage entscheiden darf.

von Rüdiger Wolf
liquiddemocracy@fsk.uni-heidelberg.de



Amtsgericht Heidelberg

Uni-Wahlkampf vor Gericht RCDS und RDCS im Clinch

Der Uniwahlkampf 2009 hat juristische Folgen. Kandidaten des »Ring Christlich Demokratischer Studenten« (RCDS) stellen Strafantrag gegen den Spitzenkandidaten der »Pogoanarchistischen Liste – Radikal-demokratische Chaos Studierende« (RDCS). Das Amtsgericht Heidelberg verhängte eine Geldstrafe von 350 wegen Beleidigung in vier Fällen.

Was ursprünglich als Realsatire gedacht war, wird nun unter Umständen vor dem Strafrichter enden. In einem Strafbefehl, der dem UNiMUT vorliegt, wird dem 24-jährigen Studenten eine Beleidigung in vier Fällen vorgeworfen. Hintergrund ist ein vom RDCS verteilter Flyer vor der Neuen Universität am Wahltag zum AStA. Im Strafbefehl des Gerichts heißt es: »Die Flyer waren mit dem Text »Der RCDS kriecht für euch in jedes Arschloch! Bald auch in deinem Arsch! Aaaaaah! Geil!« versehen und zeigen neben Aufnahmen der Kandidaten des Rings Christlicher Demokratischer Studenten [...] auch ein entblößtes Gesäß. Sie handelten, um die Genannten in ihrer Ehre zu verletzen.«

Laut RDCS wurde bereits Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt. Der Spitzenkandidat fühlt sich durch die strafrechtliche Ahndung in seinem Recht auf Meinungs- und Kunstfreiheit verletzt und will sich nun von einer Anwältin vertreten lassen. In einer Stellungnahme des RDCS heißt es: »Da diese AStA-Wahl eine Farce ist, die nur formale Positionen ohne Entscheidungsgewalt besetzt, gründeten 10

Studierende, einschließlich mir, die APPD-nahe »Pogoanarchistische Liste – RDCS« mit dem Ziel, diese Wahl und alle, die ernsthaft aktiv daran teilnahmen, lächerlich zu machen und bloß zu stellen.« Das scheint ihnen jedenfalls teilweise gelungen zu sein. Die vier Kandidaten des RCDS fühlten sich von dem Flyer derart angegriffen, dass sie unmittelbar die Polizei verständigten, welche die Flyer konfiszierte. Erik Bertram (22), Vorsitzender des RCDS Heidelberg, erklärt das Vorgehen folgendermaßen: »Die Darstellung einiger Personen in einem obszönen, menschenverachtenden und widerwärtigen Kontext entspricht in keiner Weise meiner Auffassung einer demokratischen Willens- und Meinungsbildung an unserer Universität! Wir sahen uns deshalb gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten.«

Nun wird es voraussichtlich zur Hauptverhandlung kommen, sollten Strafantrag oder Einspruch nicht zurückgezogen werden. Und im Juni sind wieder Uniwahlen, wo das Duell RCDS – RDCS weiter gehen könnte. Politisch stand es 2009 12,7 % (RCDS) zu 3,9 % (RDCS). Juristisch steht es momentan noch 0:0.

von Michael Kolain

S t r a f b e f e h l

Die Staatsanwaltschaft legt Ihnen folgenden Sachverhalt zur Last:

1.-2.:

Am 15. und 16.06.2009 verteilten Sie jeweils um die Mittagszeit vor der Neuen Universität in 69117 Heidelberg, Universitätsplatz, als Kandidat der Liste der Radikaldemokratischen Chaos-Studierenden (RDCS) für die Wahl zum Senat der Universität Heidelberg an diverse Studenten Flyer. Die Flyer waren mit dem Text "Der RCDS kriecht für euch in jedes Arschloch! Bald auch in deinem Arsch! Aaaaaah! Geil!" versehen und zeigten neben Aufnahmen der Kandidaten des Rings Christlich-Demokratischer-Studenten [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] auch ein entblößtes Gesäß. Sie handelten, um die Genannten in Ihrer Ehre zu verletzen.

Realität – Text – Textilie – neongrüne Fäden

Ein Fieberwahn packte mich an einem dieser Mittwoche, nach einem dieser Treffen, die sich hinter dem ominösen Namen AG SM verbergen. Wo im Sommer noch Studierende den Fußboden sitzend bedeckten, müde konzentrierten Redebeiträgen folgten, stehen nun Tische und Stühle in einem viereckigem Kreis. Hinter der Abkürzung AG SM verbirgt sich der Versuch, die bisher nicht vorhandene Studentische Mitbestimmung voranzutreiben. Hier treffen sich Studierende (alle, die wollen) mit VertreterInnen des Rektorats (in diesem Fall Marietta Fuhrmann-Koch, Prof. Dr. Kurt Roth und Prof. Dr. Karlheinz Sonntag). Ziel: Die Demokratisierung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Oder doch nicht?

„It was supposed to be so easy“ singt *The Streets* und das Gleiche singen die VertreterInnen im Chor des Rektorats.

Laut Prorektor Roth müsse sich die Uni Heidelberg der „Realität“ stellen und die hier angeführte „Realität“ macht es uns nicht einfach. Sie scheint eine kaum zu überwindende Hürde zu sein. Und die Wichtigkeit von demokratischer Mitbestimmung seitens der Studierenden scheint kaum eine Rolle zu spielen bei der Überwindung dieser Hürde: Laut Prof. Roth sei die Universität Heidelberg die „Speerspitze der Gesellschaft ins Ungewisse“. Vor allem gehe es um die Effizienz der Ergebnisproduktion „und ob die Ergebnisse nun auf demokratischem oder diktatorischem Wege zustande kommen, soll mir egal sein, solange sie gut sind.“ Aussagen, die mit einem Augenzwinkern begleitet werden.

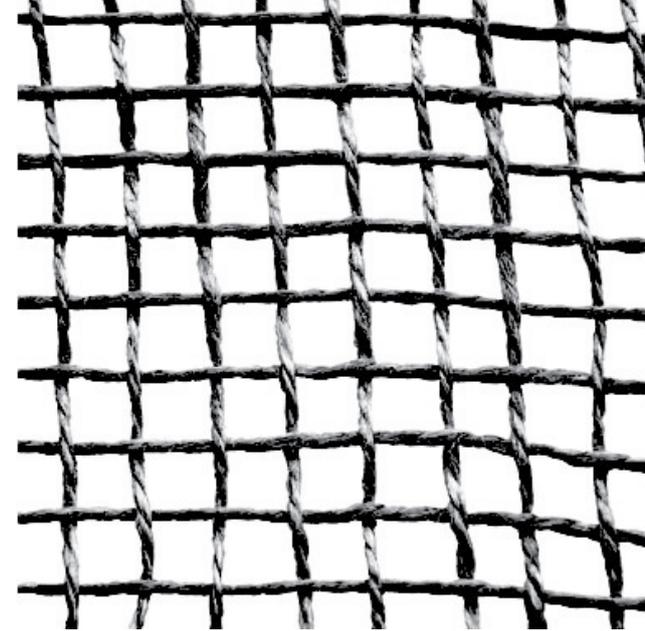
Schließlich müsse sich die Universität Heidelberg (ohne Augenzwinkern und sich dem Ernst der Lage bewusst) der „Realität“ stellen und auf sie reagieren. Der immer stärker zunehmende Wettbewerbsdruck unter den Universitäten erfordere exzellente Ergebnisse, und dabei gehe es nicht nur um Geld, sondern auch darum, den SchülerInnen eine Orientierung zu bieten, welche denn nun die beste Universität sei. Und das sei doch gut gelungen:

„Primus Heidelberg“ titelt die Rubrik Chancen der ZEIT am 10.12.09. So hat zumindest das „gemeinnützige CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) – eine von der Bertelsmannstiftung und der Hochschulrektorenkonferenz getragene Einrichtung“ herausgefunden. Als forschungsstark kürt das CHE eine Hochschule in einer Disziplin, wenn sie sich in mehreren Leistungsindikatoren durch überdurchschnittliche Ergebnisse auszeichnet. (vgl. UNiMUT 07/09).

Doch wie kommt es, dass zu der Zeit, in der dieser Artikel veröffentlicht wurde, Hörsaal 14 der Universität Heidelberg von Studierenden besetzt war, die Mitsprache forderten und Missstände im Bildungssystem anprangerten? Auf welche „Realität“ reagieren Studierende, die in bundesweiten Demonstrationen in mehr als 50 Städten zu 85.000 auf die Straßen gehen und demonstrieren?

Ein genauer Blick auf die „Realität“, vor allem aber auf die AkteurInnen, die die „Realität“ zu einer /m Text(ilie) zusammenweben, die unveränderlich scheint, und auf die man nur reagieren könne, könnte die Reaktion von Protestierenden erklären. Die Realität, die hier göttlich, dort natürlich, biologisch, und an anderen Orten als selbstreguliert dargestellt wird, möchte ich beschreiben als Textilie, als Stück Stoff, gewebt/gesponnen aus verschiedenen sich überlagernden Texten und Aussagen. Das Endprodukt (ein Stück Stoff/die Realität) vernährt seine Fäden so, dass sie unsichtbar werden und erst beim Umkrämpeln einer zu Kleidung gewordenen Textilie sich deutlich zeigen. Die Textilie der Realität möchte ich umkrämpeln und einige Fäden neongrün färben, damit der Weg ihrer Verflächtung deutlich wird. Ein Knotenpunkt dieser Textur ist die Pressesprecherin der Uni Heidelberg, die gleichzeitig Mitglied der CHE-Marketing-Gruppe (Consult) ist.

Das gute Abschneiden der Uni Heidelberg beim CHE-Ranking spiegelt den Erfolg wieder, die Universität so effizient wie ein Wirtschaftsbetrieb zu gestalten. Und die Reaktion des Rektorats, dass man sich schließlich der Realität der Zeiten stellen



müsse, ist damit verflochtenen zu ein und dem selben Stück Stoff. Wenn das Rektorat sich also genötigt fühlt auf die Rankings zu reagieren, reagiert es auf etwas, an dessen „Realität“ es selbst tatkräftig mitgearbeitet hat. Somit steht die Demokratisierung der Uni Heidelberg (der Wunsch der protestierenden Studierenden) der von langer Hand vorbereiteten Ökonomisierung („Deregulierung“) der Ruperto-Carola (dem Wunsch von Bertelsmann, CHE und Rektorat) gegenüber.

Ist Demokratie notwendig, wenn man mit „diktatorisch-augenzwinkernden“ Methoden bessere Ergebnisse schaffen kann?

Die Zukunft der Universität Heidelberg bleibt ein Aushandlungsprozess, in dem es keine neutrale „Realität“ gibt, auf die sie reagieren muss. Auch die „Realität“ ist nicht ein Faktum, sondern ein Aushandlungsprozess. Und wo keine institutionelle Möglichkeit der Mitsprache besteht, werden sich die Stimmen derer, die mitbestimmen/mitwirken wollen immer wieder zeigen, als körperliche Subjekte, die Hörsäle besetzen, auf die Straße gehen und die fadenscheinige Textilie „Realität“ auf ihre nackten (Herrschafts)Interessen hinterfragen.

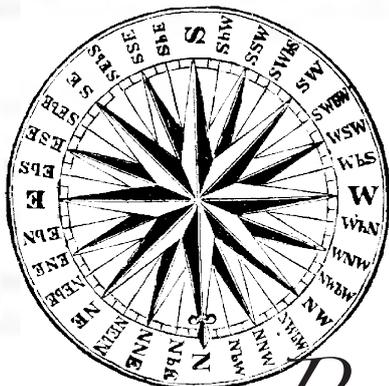
Um mit einer anderen Zeile von *The Streets* zu enden: „Let’s push things forward“.

von Philipp Meyer

Notiz der Redaktion:

Für das Titelbild der aktuellen UNiMUT-Ausgabe ließen wir uns übrigens von einem Bericht der RNZ vom Dezember 2009 zum ersten „Spatenstich“ der neuen Wohnheime im Feld inspirieren, wo es heißt: „Deshalb ließ es sich Universitätsrektor Bernhard Eitel gestern nicht nehmen, mit einem Bagger in der Siedlung am Klausenpfad das erste Stück Erde auszuheben, wo bald sechs neue Studentenwohnheime stehen sollen. Eine große Einweisung brauchte er nicht, schließlich sei er früher einmal Panzer gefahren, so Eitel.“





Perspektivwechsel

Die Informationen, die wir tagtäglich aufnehmen, prägen unser Weltbild. Auf sehr offensichtliche Weise beeinflusst unser Weltbild die Weltkarte. Denn sie ist genau das: ein *Bild* dieser Welt, ein Bild mit einem Blickwinkel. Und dieser Blickwinkel ist notwendigerweise perspektivisch verzerrt: Eine korrekte Darstellung der Erde ist nur mit einem Globus möglich. Er stellt die Erde flächentreu, achstreu, lagetreu, winkeltreu, entfernungstreu und formtreu dar. Projiziert man den dreidimensionalen Globus auf eine zweidimensionale Karte, gehen mindestens drei dieser sechs Eigenschaften verloren. Zudem wählt man immer einen Ausschnitt...

Die hier abgebildete Weltkarte ist genauso „richtig“ wie die, die wir andauernd zu sehen bekommen. Nur anders.

Drei Unterschiede sind zur in Deutschland weit verbreiteten Karte zu bemerken:

Die Himmelsrichtungen sind vertauscht, was legitim ist, schließlich steht auf der Erde nirgendwo „diese Seite oben“. Aus dem gleichen Grund ist es genauso möglich, einen anderen Mittelpunkt der Karte zu wählen. Der dritte Unterschied ist, dass es sich hier um eine „Peters“-Projektion handelt, nicht um die herkömmliche „Mercator“-Projektion. Die Peters-Weltkarte ist im Gegensatz zur Mercator-Darstellung flächentreu, d.h. alle Flächen der Welt sind im gleichen Verhältnis verkleinert und somit vergleichbar. Die Mercator-Karte verzichtet auf die Flächentreue zugunsten der Achs- und Lagetreue, was sie besonders für Seefahrende nützlich machte. Auf der Weltkarte, die wir ständig zu sehen bekommen, ist daher jedoch Europa nicht nur im Zentrum, sondern auch unverhältnismäßig groß dargestellt. So erscheint Skandinavien in etwa so groß wie Indien, welches in Wirklichkeit das Dreifache der Fläche Skandinaviens einnimmt. Zudem nimmt der Norden für gewöhnlich in der Mercator-Darstellung einen größeren Teil der Karte ein: Der Äquator befindet sich nicht in der Mitte der Karte, sondern darunter.

Die Informationen, die wir tagtäglich aufnehmen, prägen unser Weltbild. Manchmal auf sehr subtile Weise und von Klein auf. Diese immer wieder zu hinterfragen, stellt eine Herausforderung dar, ist aber auch unglaublich spannend.

von Christopher Laumanns



„Ich bin auch gar kein Tyrann!“

Rektor macht Bildungstreik

Am 13. Januar ließ die Universitätsleitung alle regulären Veranstaltungen ausfallen, um den Mitgliedern der Universität die Möglichkeit zu geben, „das Gespräch zum Bologna-Prozess zu intensivieren.“

Ganztägig wurden in der Neuen Uni sowie dezentral in den Fakultäten und Instituten Veranstaltungen zu Studium und Lehre angeboten. So nutzten Fächer wie Anglistik den Tag für eine gemeinsame Vollversammlung von Studierenden und Lehrenden, Beteiligte der AG Studentische Mitbestimmung und der FSK stellten das Konzept der Fachräte vor und die JuristInnen diskutierten die Auswirkungen von Bologna auf ihr Fach.

Zu den zentralen Veranstaltungsangeboten gehörte die Podiumsdiskussion „Der europäische Bildungsraum – Anspruch und Wirklichkeit“. Rektor Eitel, der die Veranstaltung als „Information“ der Uniangehörigen über die derzeitige Entwicklung definierte, forderte die Studierenden auf, die Vorzüge der Uni Heidelberg zu erkennen und bei Bologna „nicht alles über einen Kamm zu scheren“. Es müssten nun „Fehler behoben“ sowie „nachgebessert“ werden. „Wir brauchen nicht so viel Veränderung“, so Eitel weiter, das vorhandene Potential solle erst einmal ausgeschöpft werden.

Das Studentische Senatsmitglied Johannes Wagner hingegen forderte Eitel auf, sich nicht erneut in eine seltsame Defensive zu begeben, sondern endlich mit anzupacken. Dabei betonte er die Bedeutung einer Demokratisierung der Uni, die weit genug greifende Verbesserungen erst ermöglichen würde.

Insgesamt war der Dies Academicus weit schlechter besucht als man hätte erwarten können. Offenbar fühlten sich die Studierenden bereits ausreichend informiert. Oder sie nutzten den „freien Tag“ im Bachelor-Stress, um sich auf das nächste Referat vorzubereiten.

von Yannick Zundl



Ein übel gelaunter „Königstyrann“ (Tyrannus tyrannus).

Revolutionäre V-Männer sabotieren Freiraum-Prozess im nahen Comeniushaus und sorgen für allgemeines Tohuwabohu

Mit Sprühdosen. Rektorat beleidigt...

Es sollte so schön werden: In einer selbstlosen Aktion überreichen die ehemaligen HörsaalbesitzerInnen den BewohnerInnen des Comeniushauses feierlich den Schlüssel zu ihrem eigenen Raum, den sie vom Rektorat ablehnend annehmen. Doch dann kam alles ganz anders!

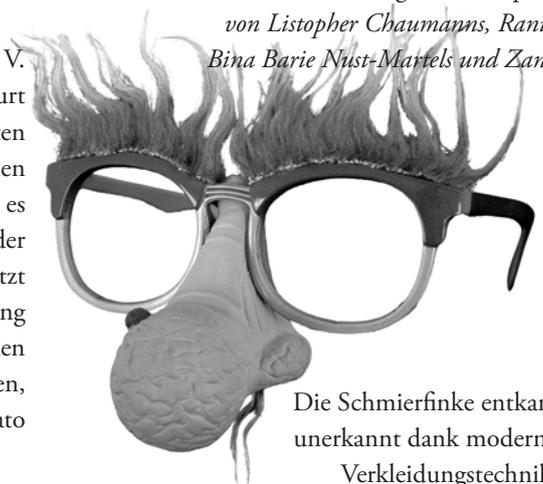
Rücksichtslose Randaliererinnen, vielleicht sogar Mitglieder des Bildungstreiks, der Antifa oder gar Revolutionäre zerstörten die universitäre Idylle blindwütig. Mit Sprühdosen sprühten sie Propaganda wie „Revolution [sic!] statt Bildungstreik“ an universitäres Eigentum. Und jetzt ist alles im Eimer. Das meiste allerdings auch in den noch nicht angeschlossenen Urinalen im frisch renovierten Comeniushaus. Und auch das Rektorat ist mächtig angepisst. „Oh Männo“, kommentierte die Sprecherin M.F.-K., 30 000 Euro Sachschaden! Ein grober Vertrauensbruch seitens der Studierenden. Oder des Bildungstreiks. Oder der AG Freiraum. Oder so. Der feige Anschlag brachte alles in Unordnung. Fieberhaft überlegen die Betroffenen nun, wie das passieren konnte. „Eigentlich haben wir uns doch alle lieb!“, kommentiert die entgeisterte Freiraumaktivistin Ulrike M. die Ereignisse.

UNiMUT jedoch sprach mit einem der Täter. „Die pure Blamage“, so Peter V. Mann enttäuscht, „wir haben es nicht annähernd geschafft den Rekord von Frankfurt zu brechen!“ Dort war es im besetzten „Casino“ vor Weihnachten zu geschätzten 200 000 Euro Sachschaden durch einen Aneignungsprozess gekommen, in dessen Folge der Rektor von der Polizei fetzig räumen ließ. Doch in Heidelberg scheint es in der Beziehung zwischen Rektorat und Staatsschutz zu krieseln: Das Versagen der Heidelberger Polizei mit den Chaoten in der Unteren Straße fertig zu werden, setzt sich offensichtlich fort. Zwar war sie anfangs anwesend, um eine Zusammenrottung aufzulösen, die Tat fand jedoch erst statt, als die Herren Beamten schon längst in den Puppen lagen – wie auch der Radau in der Altstadt! „Nach bisherigen Erkenntnissen, können wir eine Beteiligung von Google an der Tat ausschließen.“, war die bis dato

einzige Stellungnahme des leitenden Kommissars F. U. Helfer. Deshalb prüft die AG Freiraum gerade vom Bildungstreik zur Altstadt-Initiative LindA zu wechseln, mit denen man sich eine effektive Zusammenarbeit gegen Pinklerinnen und Randalierer erhofft. Zudem erwägen die ehemaligen BesetzerInnen, auf ihren künftigen Parties Nacktscanner einzusetzen, um mit Sprühdosen bewaffnete Störenfriede frühzeitig aus dem Verkehr ziehen zu können.

Die Comeniushaus-BewohnerInnen haben den als Abstellkammer des Hausmeisters benutzten Raum scheinbar nie gewollt. Aber wo sie ihn schon mal haben, müssen sie sich auch der Verantwortung stellen und für den Schaden aufkommen – Eigentum verpflichtet!

von Listopher Chaumanns, Ranina Jeibold, Bina Barie Nust-Martels und Zannick Yundl



Die Schmierfinke entkamen unerkannt dank modernster Verkleidungstechniken.

Super LindA, Olé!

Kein Public Viewing am Uniplatz mehr

Wegen der sensiblen Situation in der Altstadt“, erlaubt die Stadt das Public Viewing zur diesjährigen Fußball-WM nur für einen Zeitraum, der sich für den Veranstalter nicht lohnt. Dieser verzichtet deshalb darauf – wer dieses Mal mehr erleben will als die Spiele in der Kneipe zu verfolgen, muss sich also wohl wieder aus der Provinz raus bewegen.

Denn die AnwohnerInnen-Initiative LindA (Leben in der Altstadt) beherrscht auch nach dem zweiten „Runden Tisch“ mit Oberbürgermeister Eckart Würzner am 11.01. die Diskussion um den Kern von Heidelberg. „Lärm, Dreck, Randal“ – die Altstadt-Bewohner, die sich in dieser Gruppe organisiert haben, fühlen sich laut Sprecherin Stadträtin Karin Werner-Jensen „von einer kleinen Minderheit tyrannisiert“, nämlich „jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25.“

Als Hauptursache für das schlafraubende Verhalten dieser Leute sehen LindA wie auch Polizei und OB den Alkohol. Daher begrüßten diese das nun im gesamten „Ländle“ Baden-Württemberg eingeführte Verkaufsverbot ab 22 Uhr, das dann zum Beispiel für Supermärkte, Tankstellen, Kioske – also überall außer im Ausschank – gilt. Die Stadt will des weiteren ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum prüfen. OB Würzner hat zusätzlich bei Innenminister Heribert Rech um entsprechende Gesetze gebeten, der ihm diese für Mitte des Jahres angeblich bereits zugesagt hat. Allerdings bleibt fraglich, ob es sich dabei nicht nur um einen Bluff

handelt, nachdem eine entsprechende Verordnung in Freiburg vor Gericht kippte. In der Urteilsbegründung heißt es, ein solches Alkoholverbot sei rechtswidrig, weil man nicht davon ausgehen könne, dass der Alkoholgenuss generell zu Fehlverhalten führe.

Auch „Illegales Parken“, Straßenmusik und Veranstaltungen wie das Bürgerfest waren Stein des Anstoßes bei den AnwohnerInnen.

Zur allgemeinen Beruhigung der Situation war im Vorfeld des zweiten „Runden Tisches“ ein 37-Punkte-Plan erarbeitet worden, der hätte besprochen werden sollen. Doch auch diese fast vierstündige Sitzung erschöpfte sich weitgehend in Bestandsaufnahmen und Anfeindungen zwischen LindA-VertreterInnen und Gastwirten. Die neue Initiative FALK (Fröhliche Altstadt, Lebendige Kneipen), die die jungen BesucherInnen der Altstadt vertreten möchte, blieb dabei noch recht zahm. Einer ihrer Sprecher, Pierre Hilbich, der auch in der Destille arbeitet, sieht das Hauptproblem im „Lärm im öffentlichen Raum“ und ist sich damit mit weitgehend allen anwesenden Gruppen einig. „Unsere Interessen liegen nicht so weit auseinander“ versichert auch der Gaststättenverband Dehoga, die die Altstadt gerne in Richtung „Kongresse und schönes Ausgehen statt Flatrate-Saufen und Junggesellenabschiede mit mitgebrachtem Bier“ umgestalten würde, frei nach dem Motto „Global denken, im Lokal trinken.“

Der von der Stadt festgestellten „Mediterranisierung“ der Lebensweise, also der Verlagerung des öffentlichen Lebens nach draußen, soll im beschaulichen Süden daher gemeinsam entgegengewirkt werden. Der Alkohol soll nur noch da fließen, wo auch Geld fließt.



Eins der Anti-Pinkel-Schilder der Initiative LindA. Demnächst auch bei der AG Freiraum? (siehe Seite 10)

Im SchwarzWeiß-Lexikon werden Begriffe kritisch beleuchtet, die im Alltag scheinbar neutral gebraucht werden, bei genauerem Hinsehen jedoch Wertungen oder Hierarchien zwischen Menschengruppen begründen. Alle bisher erschienenen Artikel können unter www.schwarzweiss-hd.de nachgeschlagen werden.

Ent|wick|lung, die; -, -en [entlehnt von lat. *evolutio* (Auswickeln von Schriftrollen)]: **1. a** Entfaltung, Herausbildung, b Erfindung, Kreation, Planung **2.** Fortentwicklung, Weiterentwicklung, Wachstum; im 17. Jhd. auf Deutsch gebildet.

In der Fotografie bezeichnet „Entwicklung“ einen chemischen Prozess, durch den das Bild als Foto zur Vollendung kommt. Das Ergebnis, die Konturen und Farbverteilungen, sind bereits auf dem Negativ enthalten und entfalten sich durch den Entwicklungsvorgang.

In „Entwicklungsabteilungen“ beschäftigen Unternehmen beispielsweise Ingenieure, deren Aufgabe es ist, (technische) Neuerungen zu erschaffen.

Diese beiden Beispiele zeigen bereits zwei unterschiedliche Bedeutungen von „Entwicklung“ in der Alltagssprache auf. Demnach bezeichnet dies einerseits einen Prozess, bei dem schon vorhandene Eigenschaften entfaltet werden, oder aber einen kreativen Vorgang, bei dem der Ausgang nicht vorhersehbar ist. Beiden ist gemein, dass etwas Neues entsteht.

In weiteren Bereichen ergeben sich andere Bedeutungen.

In der Psychologie gibt es den Teilbereich der „Entwicklungspsychologie“. Diese beschäftigt sich mit der Reifung des Menschen vom Säugling bis zum Erwachsenen. Dabei wird ein fortschreitender Prozess beschrieben, dessen „normaler“ Verlauf vorherbestimmt ist. Durch das Definieren von bestimmten aufeinander folgenden „Entwicklungsstufen“ werden Individuen in ihrem Reifungsprozess miteinander verglichen. Dadurch können so genannte Entwicklungsstörungen bei Kindern frühzeitig diagnostiziert und therapiert werden.

Die Idee einer individuellen „Entwicklung“ ist aber keine, welche die Psychologie hervorbrachte. Seit der Aufklärung wurde in Europa Entwicklung zunehmend als menschlicher Fortschritt verstanden, der dem Einzelnen helfe, sich aus Unmündigkeit und unreflektierten Traditionen zu befreien. Die Anlagen hierfür lägen im Menschen selbst. Aus der Vorstellung, menschliche Entwicklung sei für alle Menschen gleichermaßen möglich, entstand ein missionarischer Eifer.

Auch die „Unzivilisierten“ außerhalb Europas sollten aus der ihnen unterstellten Unterentwicklung gerettet werden. Dies wurde teilweise als moralische Verpflichtung angesehen, gar als die „Bürde des weißen Mannes“, welcher die Verantwortung trage, die „unzivilisierten“

„Völker von ihrer „Barbarei“ zu erlösen. Dies sollte durch Kolonisierung und Missionierung erreicht werden. Inwiefern es aber beispielsweise der „Entwicklung“ eines Kameruners diene, Unterrichtsstunden zu den Taten Karls des Großen zu erhalten oder beigebracht zu bekommen wie oft man sich am Tage die Hände zu waschen habe, sei dahingestellt. Das Argument des Zivilisierungsauftrags wurde seit dem 19. Jahrhundert häufig auch dazu verwendet, materielle Interessen wie die politische Beherrschung und wirtschaftliche Ausbeutung außereuropäischer Gesellschaften, zu legitimieren. Damit einher ging häufig die rassistische Vorstellung, dass sich manche Menschen aufgrund anderer biologischer Merkmale, z.B. der Hautfarbe oder des Geschlechts, nur eingeschränkt entwickeln könnten.

Seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und der zu dieser Zeit einsetzenden Dekolonisierung wurde der Entwicklungsbegriff zunehmend verwendet, um die Unterschiede zwischen nördlichen und südlichen, vormals kolonisierten Ländern auszudrücken.

Dabei gelten die europäischen und nordamerikanischen Staaten als entwickelt, wohingegen der Rest der Welt, vornehmlich die südliche Hemisphäre, als unterentwickelt eingestuft wird. Lange Zeit galt als wesentlicher Faktor bei der Messung die Wirtschaftskraft eines Landes. Um eine menschliche und gesellschaftliche Entwicklung messen zu können, genügte also ein Blick auf das Bruttoinlandsprodukt. Gesellschaftliche, politische und kulturelle Strukturen, Prozesse und Dynamiken wurden bei der Unterteilung in Industrie- und Entwicklungsländer nicht beachtet. Neben der monokausalen Bewertung der Länder ist ein weiteres Problem dieser Terminologie und Betrachtungsweise die Annahme, dass die Staaten der „westlichen Hemisphäre“ ihre Entwicklung abgeschlossen hätten. Das dem Begriff der Entwicklung Eigentümliche, das Neue, gilt somit nur noch für einen Teil der Welt. Die Industriestaaten haben demnach den höchsten erreichbaren Status erreicht. Mittlerweile wird die Ursache für die „Unterentwicklung“ nicht nur in wirtschaftlichen Strukturen sondern auch in kulturellen oder religiösen Denkmustern gesehen, wie zum Beispiel die häufig auftauchende Frage deutlich macht, ob der Islam mit der Demokratie vereinbar sei. Diese Argumentation findet sich auch in dem kürzlich veröffentlichten „Arab Human Development Report“ der UNO, nach dem der arabische Raum dem Rest der Welt in ihrer Entwicklung nachstehe und dies unter anderem durch religiös begründete Tabus erklärt wird.

In diesem Sinne wird Entwicklung als ein Fortschritt mit einem festgesetzten zu erreichenden Ziel definiert und den sich zu entwickelnden Staaten als richtiger Weg vorgeschrieben. Die andere mögliche Bedeutung des Begriffs, die Entfaltung von eigenen Fähigkeiten und Anlagen als ergebnisoffener und kreativer Prozess, wird dabei ausgeblendet.

von Philmon Ghirmai und Caroline Authaler, SchwarzWeiß Heidelberg

Entwicklung verstehen

Entwicklung“ und „Unterentwicklung“ werden häufig als Gegensätze benutzt. Dabei werden die Begriffe in einer Logik des Vergleichs zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südes gegenübergestellt. Und so ist Unterentwicklung ein Synonym für Armut geworden, während Entwicklung sich als Inbegriff des Reichtums herausstellte. Darüber hinaus wird Entwicklung als Ziel dargestellt, das alle anderen Länder der sog. Dritten Welt unbedingt erreichen müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, positioniert sich der Westen als ein Modell, als Lektion, die erteilt und unterrichtet wird, als eine Autorität, die zu wissen glaubt, was gut oder schlecht für die anderen sei. Wer weiß aber besser als ich, was meine Erwartungen sind? Wer kann besser als ich Lösungen für meine Probleme vorschlagen? Wer kann besser als ich über meine Zukunft sprechen und die Wege, wie ich sie erreiche?

Damit möchte ich unterstreichen, dass Entwicklung als einzigartiger Prozess zu verstehen ist, der ein Volk dazu bringt, selbst zu entscheiden, welche Fähigkeiten es sich zur Befriedigung seiner Bedürfnisse anzueignen hat. Entwicklung ist insofern ohne Berücksichtigung des jeweiligen kulturellen, religiösen etc. Kontextes nicht zu denken. Gewiss braucht man auch die Erfahrung der „Anderen“ um weiterzukommen, dennoch darf das westliche Model nicht blind auf die ganze Welt übertragen werden.

Meine Kritik an dem westlichen Verständnis der Entwicklung richtet sich also gegen die Behauptung, Entwicklung sei vor allem eine kontinuierliche Anhäufung materieller Güter. Ob Entwicklung tatsächlich mit wirtschaftlichen Errungenschaften gleichzusetzen ist, lässt sich angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise eher bezweifeln...

*Von Arnaud Tetchou
Yaoundé, Kamerun*

SCHWARZWEISS

Entwicklung ist gut...

Entwicklung ist gut, oder? Das sagt man jedenfalls. Weil Entwicklung mehr Gewinn, mehr Vergnügen, mehr Geld, mehr Produkte verspricht. Mehr. Das ist ein sehr wichtiges Wort. Das andere ist schnell, bzw. schneller. Schneller und mehr. Entwicklung war und ist immer noch ein starkes Wort, weil alle starken Gesellschaften – übrigens ist „stark“ auch so ein wichtiges Wort – in den letzten 150 Jahren, egal ob kapitalistisch oder sozialistisch, mehr Entwicklung wollten. Wenn man einen Griechen fragt, was Entwicklung ist, antwortet er normalerweise, eine starke Industrie zu haben – die in Griechenland fehlt. Aha, sie fehlt, im Vergleich zu den anderen europäischen, „entwickelten“ Nationen. Die „Unterentwickelten“ müssen demnach die Starken nachahmen und dürfen nicht ihren eigenen Weg finden. Um authentisch zu sein, sagt eine Transsexuelle im Film „Alles über meine Mutter“, muss man weder seine Tradition bewahren, noch die anderen nachahmen. Man muss versuchen, sein eigener Traum zu werden.

Entwicklung ist allerdings gut, weil Menschen dann Arbeit haben und das Leben vielleicht einfacher ist, oder? Das Problem ist aber, dass Wirtschaftswachstum und Industrialisierung nebenbei einen Teil der Umwelt zerstören. Und wir vergessen, wozu

die Ziegelsteine, die wir produzieren, da sind. Sogar in „entwickelten“ Ländern gibt es Obdachlose. Ist das Entwicklung? Ein Maßstab für gesellschaftlichen Fortschritt ist der Lebensstandard der Menschen in Relation zu den verfügbaren Mitteln. Ich befürchte, dass die Gesellschaften der Gegenwart in dieser Hinsicht sogar Probleme hätten, mit dem Lebensstandard des „dunkelsten“ Mittelalters oder der Kolonialzeit mitzuhalten. Und wahrscheinlich können Menschen glücklicher leben, wenn es zwar weniger, aber genug für alle gibt. Ich meine, dass Entwicklung nichts Gutes ist, wenn es dabei nicht um den Menschen, die Umwelt und die Lebensbedingungen geht. Um zum Beispiel zurückzukommen: Es geht nicht darum, mehr Ziegelsteine zu produzieren, sondern genug. Wenn Du „mehr“ denkst, nimmst du an, Entwicklung sei gut.

*von Yiannis Brouzos
Athen, Griechenland*

»Was wär ein Kuss in Copia!«

Über die Ferne (griech. *τηλέ tele*) hinweg sich anderen Menschen mitzuteilen (lat. *communicare*), stellt ein uraltes Bedürfnis des Menschen dar und hat sich im Verlauf der Geschichte in den unterschiedlichsten Formen unter dem allgemeinen Begriff der Telekommunikation versammelt. Von der Trommel bis zur e-mail wohnt dieser Entwicklung die scheinbare Tendenz eines Immer-weiter und Immer-schneller inne, die in der elektronischen Datenvermittlung ihren vermeintlichen und vorläufigen Telos gefunden. Der Brief scheint auf den ersten Blick bloß eine – wenn auch extrem wichtige – Etappe dieser Mediengeschichte gewesen zu sein, die bald schon von der e-mail abgelöst als eine »Epoche der Post« der Vergangenheit angehören soll.

Vergessen wird in solch einer Zukunftsvision jedoch, dass der Brief nicht vollständig in der Rolle des sprachlichen Informationsvermittlers aufgeht. Ein Brief ist ein materielles Gebilde, das sich nicht einfach auf seine schriftlichen Zeichen reduzieren lässt. Die Form einer sprachlichen Äußerung ist an der Entstehung von Sinn und Bedeutung wesentlich beteiligt: so sind Wahl und Verwendung des sprachlichen Mediums ebenso konstitutiv für die Mitteilung wie Worte und deren Verbindung. Die Wahl des Papiers, seines Formats, seiner Farbe, des Schreibgeräts, der Schriftart, der Anordnung der Schrift auf dem Papier, dessen Faltung und viele mehr sind die »sprechenden« Materialitäten brieflicher Kommunikation.

Jeder Brief (sogar der Serienbrief) ist ein dem Adressaten zugeordnetes Objekt; Versand und Empfang desselben sind singulär und nicht wiederholbar. Als sinnliches Ereignis kann ein Brief nicht nur gesehen und berührt, sondern ebenso gerochen (parfümiertes Papier) und gehört (das Rascheln der unterschiedlichen Papierqualitäten) werden. Er ist als Objekt Träger der körperlichen und geistigen Spuren des entfernten Anderen – der Brief wird zur »Berührungsreliquie«, die anstelle des nicht anwesenden Absenders

fühlt, geküsst und beweint werden kann. Die abendländische (Brief-)Literatur und Liebeskorrespondenz bietet hierfür unzählige Beispiele. So schreibt etwa Werther am »26. Julius« an Lotte die Bitte, »Keinen Sand mehr auf die Zettelchen die Sie mir schreiben«, zu streuen (Sand diente zum Trocknen der Tinte), denn »Heute führte ich es schnell zu den Lippen und die Zähne knisterten mir.«

Kaum denkbar, dass die e-mail eines Tages einen ähnlichen Stellenwert wie der materiell existierende Brief erlangen wird. Eine e-mail ist immer eine Kopie, muss es sein, da es in der digitalen Welt keine Originale gibt (und daher die Differenz zwischen Original und Kopie hinfällig ist). Eine Kopie wird aber wiederum wohl nie in der Lage sein, als Ausdruck einer bestimmten Person und Situation an die Stelle der persönlichen Präsenz des Urhebers zu treten. Für gewöhnlich küsst man Originale, keine Ko-

Der Brief – Ereignis und Objekt

pien. Und so ruft Goethe, für den der Brief einem Kuss gleichkommt, passend aus: »Was wär ein Kuss in Copia!«

Der Katalog zur Ausstellung »Der Brief – Ereignis & Objekt«, die im Herbst 2008 im Freien Deutschen Hochstift in Frankfurt gezeigt wurde, geht der Frage nach, was den Brief über Jahrhunderte hinweg gegenüber anderen Kommunikationsformen ausgezeichnet hat und noch immer auszeichnet. Der Band führt durch 250 Jahre Briefgeschichte und zeigt anhand von 270 farbigen Abbildungen und ausführlichen Erläuterungen die Besonderheiten brieflicher Mitteilung: neben Briefpapier und Schreibgeräten stehen besonders auch Mal- und Bilderbriefe im Vordergrund.

– Jeder der abgebildeten Briefe ist in seiner Singularität ein Kunstwerk und lädt zu einer ausgiebigen und abwechslungsreichen Lektüre ein.

von Janina Reibold

Anne Bohnenkamp
Waltraut Wiethölder
Der Brief – Ereignis und
Objekt. Katalog zur
Ausstellung im
Freien Deutschen
Hochstift – Frankfurter
Goethe-Museum
(Frankfurt am Main:
Stroemfeld 2008).
€ 29,80, UB: 2008 B 672



Die Rote Tora – Kolumne für Kritische Theologie

Zeit für Klarheit nach einem heißen Herbst

Den vergangenen Herbst erlebten wir eine Streikwelle an den Universitäten nicht nur von Österreich und Deutschland. Mit einer Vehemenz und kreativen Lust am Protest gingen die Studierenden vor. Von allen Seiten gab es warme Worte sowie Respekt und Anerkennung für die berechtigten Forderungen der Streikenden. HochschulpräsidentInnen und PolitikerInnen reichten den Schwarzen Peter munter weiter, sodass sich die Studierenden am Ende von jedermann verstanden aber keinem gehört fühlen durften.

Bei einem anderen heißen Konflikt des letzten Jahres das gleiche Bild: Vor dem Gipfeltreffen in Kopenhagen und auch noch im Plenum der Konferenz äußerten alle Staats- und Regierungschefs ihre Besorgnis, sprachen voller Inbrunst davon, wie viel auf dem Spiel stehe nicht ohne die Reden mit flammenden Appellen an alle ZuhörerInnen zu beenden, dass nun die Zeit des Handelns gekommen sei – um am Ende alle mit leeren Händen abzureisen und der Bevölkerung erklären zu müssen, dass beschlossen worden sei, nichts zu beschließen. Dabei war Kopenhagen der vorläufige Höhepunkt einer rasanten Entwicklung der letzten Jahre, in denen wir bestaunen konnten, wie aus einstigen profitgeleiteten Unternehmen wahre Wohltätigkeitseinrichtungen geworden waren: Coca Cola machte aus Kopenhagen ein fetziges Hopenhagen und warb mit einer „**bottle of hope**“, Siemens pries sich an bei einem zukünftigen Strukturwandel die Führungsrolle übernehmen zu wollen und die Deutsche Bank unterstützte eine Ausstellung als Hauptsponsor, die sich mit entwurzelten Bäumen und schockierenden Bildern für den Erhalt des Regenwaldes stark machte.

Wo also waren die Gegner eines Klimaschutzabkommens? Gegen wen protestierten die Studierenden denn eigentlich? Ist doch alles in Ordnung! Wir wissen doch alle, dass wir anders handeln müssen und sind doch sowieso auf der Seite der Unterdrückten!

In eine solche Situation hinein gesprochen, wirken die Worte Jesu aus Matthäus 5, 37 „**deine Rede sei**

Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“, sowie das Gleichnis von den ungleichen Söhnen in Matthäus 21, 28-31, wie unvermittelte Schwerthiebe, die den dunstigen Wohlfühlschleier von der Wirklichkeit reißen. Und es wird deutlich, was Jesus gemeint haben könnte in Matthäus 10, 34:

„Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“

In dem genannten Gleichnis wendet sich ein Mann nacheinander an seine Söhne und fordert sie jeweils auf heute in seinem Weinberg zu arbeiten. Während der erste „Nein“ antwortet und dann dennoch geht, so antwortet der zweite dienstbeflissen „Ja“ um dann anschließend doch nicht zu gehen. Statt der das Gleichnis abschließenden Frage Jesu „Wer von den beiden hat des Vaters Willen getan?“ müssen wir fragen, was sich aus einem Herbst voller Proteste lernen lässt.

Haben wir uns etwa von den schönen Worten von PolitikerInnen und dem greenwash der Konzerne einlullen lassen? Kann es wirklich sein, dass zwar alle wissen, was zu tun ist, und dennoch sich nichts ändern mag?

Die deutlichen Worte Jesu helfen uns, zu erkennen, wer auf unserer Seite steht und Mechanismen der Verschleierung aufzudecken. Es geht nicht um eine Vereinfachung der komplexen Wirklichkeit, doch wir sollten uns keinen Sand in die Augen streuen lassen und haben das Recht zu fordern: „Deine Rede sei ja, ja; nein, nein.“ Dies ist genauso Nachfolge Jesu wie Worte des Trostes und der Sanftmut zu sprechen. Genauso sollten wir uns immer wieder selber prüfen, ob wir auch wirklich in den Weinberg gehen oder dies nur ankündigen. In einer Zeit sich verschärfender Verteilungskämpfe um geistige und natürliche Ressourcen sollten wir im Namen der Armen und Stimmenlosen auf Aufrichtigkeit bestehen. Das kann auch ungemütlich werden. Aber es ist nicht immer ein gutes Zeichen, wenn man dir auf die Schultern klopft...

von Simon Tielech



IMPRESSUM...

der UNiMUT-
Zeitschrift
an der Uni Heidelberg
Nr. 2010/01
vom 17. Januar 2010
Redaktion:
Nina Marie
Bust-Bartels
Christopher
Laumanns
Janina Reibold
Yannick Zundl
Auflage 3000
Unidruckerei
Wir ermutigen
ausdrücklich dazu,
LeserInnenbeiträge zu
verfassen, die uns per
eMail an unimut@urz.uni-heidelberg.de
zugeschickt
werden können.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. Unterstützt vom „AStA“ (nicht verfasst), AlbertÜberle-Str 3-569117 Heidelberg, Tel. 06221-542456 / eMail: unimut@urz.uni-heidelberg.de

Termine

Do 21.01. bis Sa 06.02. Carambolage: Kabarett- und Kleinkunstfestival im Karlstorbahnhof und Kulturhaus
Di 26.01. 19:30, NUni, HS5:

Generalleutn. Kather beim RCDS

27. - 31.01. 4. Iranisches Theaterfestival TIKK

Do, 28.01. 18:15, NUni, ehem. Senatssaal:

Vortrag: Bolognareform und Lissabonstrategie

Sa, 30.01. 14:00, Frankfurt a.M.: bundesweite Demo für freie Bildung und selbstbestimmtes Leben

03.02. 19:00, NUni: Diskussionsveranstaltung:

„Organisierte Unverantwortlichkeit“ – Verflechtung der deutschen Gentechnik-Lobby mit zuständigen Zulassungsbehörden

Sa 6.02. Vernetzungstreffen des Heidelberger Sozialforums, www.sofa-hd.de

Die Theatergruppe Mikrokosmos spielt Gogols Verwechslungskomödie „Der Revisor“, Plöck 66:

Mi, 27.01. / Fr, 29.01. / Sa, 30.01. / So, 31.01. jeweils 19 Uhr

Anklage

Wenn ihr die Verbrechen anklagt,
gedenkt nicht der Moral,
denkt an die Opfer und Täter,
Und wenn ihr das System anklagt,
gedenkt nicht der Eliten,
denkt an die Armen und Schwachen,
Wenn ihr den Krieg anklagt,
gedenkt nicht dem Frieden,
denkt an die weinenden Soldaten,
die aus der Schlacht kehren wieder,
Und wenn ihr einen Menschen anklagt,
gedenkt nicht der Gerechtigkeit,
denkt an den Menschen..

Torsten Kaiser

DIE ZANGEN DER PUTZLEUTE,
Tragen jetzt Deutschland,
Aufgesprüht auf ihrem Körper,
Er geht über den Parkplatz, winkt,
Hinein ins Fenster, ins Warme aus der Kälte,
Er hebt den Müll von fremden Menschen,
Ich höre zu, dem Reden über Leiden,
Er liebt das Deutschland,
Ich hasse es,
Das sie so sicherstellt,
Die Teilung der Arbeit.

Phili/ppiña

